



3. Dezember 2021

Frauen gehören ins Haus: ins Gemeindehaus, ins Rathaus, ins Bundeshaus

Rede von Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr anlässlich der Veranstaltung «50 Jahre Frauenstimm- & Wahlrecht in der Schweiz» an der Berufsmaturitätsschule Zürich

Liebe Schülerinnen und Schüler der BMS Zürich: Wie schön, dass ich heute hier bei Ihnen sein darf!

Liebe Frau Willi: Vielen Dank für die Einladung.

50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz – unter diesem Titel haben Sie bereits vieles erfahren, gehört und gemacht diese Woche. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, dass auch ich heute noch einige Gedanken dazu mit Ihnen teilen darf.

Wie es bei uns Politiker:innen aber so ist: Wenn wir schon die Bühne bekommen – dann nutzen wir die Gelegenheit auch, um noch ein paar weitere Sachen loszuwerden... Ich möchte heute drei Themen ansprechen:

- Das Jubiläum des Frauenstimmrechts.
- Gleichstellung in der Schweiz: Was haben wir erreicht, wo stehen wir heute?
- Und dann noch ein paar Sätze zur politischen Partizipation – da haben wir interessante neue Befunde aus Ihrer Generation.

Liebe Anwesende: Sie können es sich vielleicht fast nicht mehr vorstellen, aber als ich auf die Welt kam, durfte meine Mutter noch nicht abstimmen. Sie durfte nicht entscheiden, wo sie wohnte. Sie durfte auch nicht entscheiden, ob sie einer Arbeit nachging.

Es war, es ist, ein langer Kampf um Gleichstellung und Gleichberechtigung. Bis die Schweiz es geschafft hat, auch Frauen zuzugestehen, über ihre Geschicke mitzubestimmen, hat es gefühlt ewig gedauert. Aber 1971 war es dann soweit: Die Schweizer Frauen erkämpften sich das Stimmrecht.

Und ich wähle das Wort bewusst: Erkämpften.

Die Art und Weise nämlich, wie und mit welchen Opfern die Frauen früherer Generationen für eigentlich Selbstverständliches kämpfen mussten – das ist ein bedrückendes Kapitel Schweizer Geschichte.



Bedeutende Kämpferinnen in dieser Geschichte gab es viele – ich möchte stellvertretend drei Frauen herausheben.

Ich beginne mit Emilie Lieberherr: erste Zürcher Stadträtin – das war sie während 24 Jahren – und erste Ständerätin der SP für den Kanton Zürich.

Emilie Lieberherr wurde 1924 in Erstfeld im Kanton Uri geboren. Sie war eine der grossen Kämpferinnen fürs Frauenstimmrecht: Sie organisierte 1969 den sogenannten «Marsch nach Bern». 5000 Frauen folgten dem Ruf und kamen auf dem Bundesplatz zusammen, um das Frauenstimmrecht zu fordern.

Aus Emilie Lieberherr wurde eine erfolgreiche Politikerin. Einfach war ihr Weg aber nicht. Nach ihrem Rückzug aus der Politik sagte sie einmal – und dieser Satz hat sich mir eingepägt:

«Am liebsten hätte ich Jus studiert und dann als Anwältin die Frauen verteidigt, die früher vor Gericht oft unter die Räder kamen – im Kanton Uri gab es aber keine Mittelschule für Mädchen.»

Keine Mittelschule für Mädchen! Heute unfassbar. Für Emilie Lieberherr aber Realität. Sie machte dann doch die Matura, im Kanton Schwyz – aber konnte sich mit dem Abschluss an einem Mädchengymnasium nicht an der Uni Bern fürs Jus-Studium einschreiben. Sie studierte dann Ökonomie und Pädagogik. Der Traum, als Anwältin zu arbeiten, blieb für sie: ein Traum.

Auch die zweite Frau, über die ich heute sprechen möchte, hat diesen Traum nicht verwirklichen können.

Emilie Kempin-Spyri, 1853 geboren, begann zwar als erste Schweizerin an der Uni Zürich ein Jus-Studium, und wurde 1887 die europaweit erste Doktorin der Rechte. Aber: Auch sie wäre gerne Anwältin geworden und kämpfte dafür bis vor Bundesgericht – erfolglos.

Wer kein Aktivbürgerrecht, also kein Wahlrecht habe, könne nicht als Anwältin tätig sein, hiess es. Das Bundesgericht schrieb, ich zitiere: «Wenn die Rekurrentin auf Art. 4 der Bundesverfassung abstellt (Jeder Schweizer sei vor dem Gesetze gleich) und aus diesem Artikel scheitern zu wollen, die Bundesverfassung postuliere die volle rechtliche Gleichstellung der Geschlechter auf dem Gebiete des gesamten öffentlichen und Privatrechts, so ist diese Auffassung ebenso neu wie kühn; sie kann nicht gebilligt werden.»

Emilie Kempin-Spyris Leben endete tragisch: Sie wurde psychiatrisiert, für geisteskrank erklärt und entmündigt. Die erste Schweizer Juristin starb 1901 völlig verarmt.

90 Jahre später, 1991 – es war das Jahr des ersten Frauenstreiks – fand im Bundeshaus die Frauensession statt. Der Ständerat wurde in jenem Jahr erstmals von einer Frau präsiert. Und damit komme ich zur dritten Frau: der ersten Ständeratspräsidentin, Josi Meier.

Die christlich-soziale Luzernerin, geboren 1926, gehörte zu jenen elf Frauen, die 1971 als erste Frauen in den Nationalrat gewählt worden waren. Später wechselte sie in den Ständerat und blieb dort bis 1995.



In ihrer Rede an der Frauensession sagte Josi Meier ein paar legendäre Sätze. Sie sind auch dreissig Jahre später noch aktuell. Sie sagte:

«Erst heute begreife ich jene Männer, die mir am Anfang meiner Karriere sagten, die Frau gehöre ins Haus. Recht hatten sie. Die Frauen gehören ins Gemeindehaus, ins Rathaus, ins Bundeshaus.»

Ich komme zurück auf meine Mutter. Ich habe es gesagt: Sie durfte an der damaligen Gesellschaft nur in einem beschränkten Mass teilhaben.

Heute ist vieles anders. Für sie und für uns alle. Zum Glück! Heute erinnern wir mit Jubiläen und Veranstaltungen an den Umstand, dass Frauen ein Stimmrecht haben.

Alles gut also? Liebe Frauen im Publikum: Wo stehen wir heute?

Ich nehm's vorweg: Nein, noch ist nicht alles gut.

Natürlich: Vieles ist besser. Frauen haben sich ihre Plätze erobert – und behaupten sie. Und dies ziemlich erfolgreich: Der Bildungs- und Jugendforscher Klaus Hurrelmann schreibt beispielsweise: "Junge Frauen schneiden in allen Bildungs- und Ausbildungsbereichen inzwischen eindeutig besser ab als die jungen Männer. Sie entwickeln sich schneller, werden früher eingeschult, bleiben seltener sitzen, schwänzen die Schule kaum, arrangieren sich müheloser mit den sozialen Regeln, haben die besseren Schulleistungen, stürmen die Universitäten und schneiden bei fast allen Prüfungen im Schul- und Hochschulsystem besser ab als die jungen Männer."

Ein paar wenige Zahlen dazu: Bis 1990 gab es mehr Maturanden als Maturandinnen. Dann kehrte es – und inzwischen ist der Abstand beträchtlich: Während die Maturitätsquote der jungen Frauen in der Schweiz heute bei knapp 26 Prozent liegt, kommen die jungen Männer auf knapp 18 Prozent.

Die Masterabschlüsse an den Schweizer Unis und ETHs erzielen heute zu 51 Prozent Frauen. 1990 gingen nur 33 Prozent der Liz- und ETH-Diplome an Frauen. Gerade in Renommiefächern wie Jura oder Medizin dominieren unter den Studierenden heute die Frauen – und zwar deutlich.

Noch zwei Fakten: Die Anzahl Betreuungsplätze in Schweizer Kindertagesstätten haben sich zwischen 2010 und 2018 auf rund 70 000 verdoppelt. Im selben Zeitraum hat sich der Frauenanteil in den Geschäftsleitungen der 100 wichtigsten Schweizer Firmen ebenfalls verdoppelt.

Es hat sich also viel bewegt.

Auch – so zeigte jüngst eine Erhebung des Bundesamts für Statistik – in den Köpfen der Männer. Fanden 1995 noch 60 Prozent der Männer, dass Kinder im Vorschulalter leiden würden, wenn deren Mütter einer Arbeit nachgingen, liegt dieser Wert inzwischen bei 36 Prozent.

Und doch, liebe Frauen, liebe Männer: Es gibt noch Luft nach oben. Ziemlich viel Luft. Gerade wenn wir auf diese 36 Prozent blicken: Das sind eindeutig 36 Prozent zu viel.



Diese Einstellung führt zu einer nach wie vor klassischen Verteilung der Arbeit. Zu über 85 Prozent arbeiten Mütter Teilzeit oder gar nicht. Väter verbleiben hingegen zu über 80 Prozent full time im Job. Sie tragen in den meisten Familien die Hauptverantwortung für das finanzielle Wohlergehen der Familie und leiden sehr oft darunter.

Wir müssen uns also, wenn wir über Gleichstellung heute nachdenken, ein paar Fragen stellen:

- Warum geht's nicht schneller?
- Wer ist das Problem?
- Sind es die Strukturen?
- Ist es unsere Kultur?
- Sind es die Männer?
- Oder sind es am Ende gar wir Frauen selber? Wollen wir gar nicht?
- Oder stimmen einfach die Rahmenbedingungen nicht?

Der schwierigere Teil der Rahmenbedingungen ist die Mentalität. Weil wir uns hier auf emotionalem Feld bewegen. Und weil sich eine Mentalität nicht per Parlamentsentscheid verändern lässt.

Natürlich: Auch auf diesem Feld hat sich einiges getan – wenn aber noch immer 36 Prozent der Männer finden, eine arbeitstätige Mutter sei schädlich für die Kinder, dann sind wir noch längst nicht dort, wo wir hinmüssen.

Wo liegt also das Problem? Einerseits im schlichten Umstand, dass die Chef-Welt nach wie vor eine sehr männliche Welt ist. Denken Sie an die zu über 90 Prozent männlichen Geschäftsleitungsmitglieder in den grösseren Schweizer Unternehmen...

Hinzu kommt die Macht der Tradition: Das Bild der "perfekten Mutter" ist zwar ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert, hat aber nach wie vor grosse Kraft: eine hartnäckig präsente, wirkungsmächtige Vorstellung davon, wie eine Mutter zu sein hat.

Das führt zur paradoxen Situation, dass sich in den letzten Jahrzehnten zwar in der Arbeitswelt vieles bewegt hat, bezüglich der Karrieremöglichkeiten von Frauen, bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Gleichzeitig hat sich an der Vorstellung, dass eine Mutter perfekt zu sein hat, aber kaum etwas geändert.

Die Folge liegt auf der Hand: Wohl werden arbeitstätige Mütter heute nicht mehr schief angeschaut – es wird aber ganz selbstverständlich die Erwartung an sie gestellt, dass sie im Job performen und gleichzeitig auch noch den Ansprüchen an die perfekte Mutter genügen.

Berufstätige Mütter schultern also eine Doppellast. Und die Väter verpassen nach wie vor einen erheblichen Teil der Familie.

Und damit sind wir wieder bei den Rahmenbedingungen: Was muss passieren, damit wie sie endlich erreichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie?



Meine sieben Forderungen hierzu – die wir gerne in der Diskussion nachher vertiefen können:

1. Bezahlbare und qualitativ hochstehende Kinderbetreuung im Vorschul- und im Schulalter
2. Teilzeitarbeit für Frauen und Männer und auf allen Stufen
3. Eine Elternzeit
4. Flexible Arbeitszeitmodelle
5. Regelmässige Lohnleichheitsüberprüfungen durchführen
6. Familienfreundliche Arbeitskultur – also z.B. keine Sitzungen vor 9 oder nach 17 Uhr
7. Keine After-Work-Kultur beim Feierabendbier

Geschätzte Anwesende: Ich bin zuversichtlich. Nicht zuletzt, wenn ich hier in die Runde schaue. Ja: Wir leben noch nicht in der idealen Welt. Ja: Wir sind noch nicht am Ziel. Ich bin aber überzeugt: Sie alle werden mithelfen, dass sich in den nächsten Jahren viel verändern und verbessern wird!

Und ich möchte Sie, liebe Frauen im Publikum, ermuntern: Trauen Sie sich! Trauen Sie sich nicht nur, alles zu wollen: Beruf *und* Familie. Trauen Sie sich auch, Führungsverantwortung zu übernehmen.

Und Ihnen liebe Männer, möchte ich sagen: Laden Sie sich nicht die ganze Erwerbsverantwortung auf. Gemeinsam für Familie und Beruf zu sorgen, ist auch für Sie ein Gewinn.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Ausflug ins letzte Thema: die politische Partizipation.

Wir haben kürzlich zusammen mit der Universität Zürich eine Studie durchgeführt. Sie hat die politische Beteiligung von 16- bis 25-jährigen Zürcherinnen und Zürchern untersucht.

Sie zeigt unter anderem

- Dass die politische Beteiligung von Jungen unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt.
- Dass sich Gymnasiastinnen und Gymnasiasten rund drei Mal häufiger an Abstimmungen beteiligen als Berufsschülerinnen und Berufsschüler.
- Und dass die jungen Frauen aufgeholt haben: Zum ersten Mal nehmen junge Frauen und junge Männer zu gleichen Anteilen an Abstimmungen teil.

Zu Punkt 1: Junge beteiligen sich grundsätzlich weniger als Ältere an unseren demokratischen Prozessen. Das ist natürlich bedauerlich – und Sie alle haben es in der Hand, das zu ändern.



Aber nicht nur Sie – auch wir als Staat stehen in der Pflicht. Stichwort Zugänglichkeit zum Beispiel. Gründe sind nämlich – dies immer gemäss Studie: die fehlende Verständlichkeit von Unterlagen zu Wahlen und Abstimmungen, die hohe Komplexität der Themen, die Zugänglichkeit zum Prozess, fehlendes Interesse am Thema und nicht ersichtliche Relevanz der Themen für die eigene Altersgruppe.

Zugänglichkeit, Verständnis der Unterlagen: Notiert. Daran können und müssen wir als verantwortliche Stellen arbeiten. Fehlendes Interesse: Nun ja. Das liegt dann in Ihrer Hand... Zum Thema nicht ersichtliche Relevanz: Gerade die Klimastreik-Bewegung zeigt ja, dass auch Zukunftssorgen junge Menschen bewegen können. Natürlich: Die Frage beispielsweise der Erhöhung des Rentenalters – die liegt weit in Ihrer Zukunft. Relevant ist sie aber sehr wohl, auch für Sie.

Zum Punkt 2: Die Studie zeigt grosse Unterschiede zwischen jungen Menschen an Berufsschulen – also Ihnen – und an Gymnasien bezüglich der politischen Beteiligung. Eine Stichprobe der realen Stimmregisterdaten der Stadt Zürich zeigte bei der Abstimmung vom 7. März dieses Jahres einen Beteiligungsunterschied von um die 50 Prozentpunkte (Beteiligung Berufsschülerinnen und Berufsschüler: 25 Prozent, Beteiligung Gymnasiastinnen und Gymnasiasten: 75 Prozent).

Massnahmen zur Stärkung der politischen Partizipation sollten also insbesondere bei Ihnen, den Berufsschülerinnen und Berufsschülern ansetzen, da hier das Mobilisierungspotential noch gross ist. Konkret: mehr politische Bildung – und jetzt schaue ich die Lehrerinnen und Lehrer im Raum an... – fördert die Partizipation.

Punkt 3 – und damit sind wir wieder bei Ihnen, liebe Frauen – ist dann erfreulicher: Die Studienergebnisse und weitere Daten zeigen, dass im Kanton Zürich eine erste Generation heranwächst ohne Gender-Gap bei der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen.

Junge Frauen und junge Männer nehmen also zu gleichen Anteilen an Abstimmungen teil. Das ist toll!

Und auch toll – Sie haben es bestimmt mitbekommen – ist ein aktueller Entscheid des Zürcher Kantonsrats, unseres Parlaments: Es hat sich nämlich vorletzte Woche für eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre ausgesprochen.

Und damit wird auch gleich Punkt 2, politische Bildung, wichtiger: Die muss nämlich zu einer Zeit erfolgen, wo man das erworbene Wissen auch gleich live anwenden kann!

Ich hoffe, und ich bin sicher, Sie hoffen mit mir, dass das Stimmrechtsalter 16 auch an der Urne durchkommt.

Wie gesagt: Sie alle hier im Raum, die abstimmen dürfen, haben es in der Hand!